

# Saale-Beitung.

Zweihundertzweiter Jahrgang.

werden die Expeditionen...  
Rechnung und Genuß-Gehalts-  
stelle: Halle, Gr. Sandenstraße 17;  
Verlagsdirektion: Markt 24.  
Anzeigen-Gehaltsstelle: Gr. Markt-  
straße 63, 1; Telephon Nr. 500 u. 501.

Nr. 550.

Halle a. S., Montag, den 23. November

1908.

## Die Brausteuer.

Von Georg Gothein,  
Mitglied des Reichstages.

Ueberrauschig bequem magst der Reichshofsekretär den Abgeordneten das Studium der Finanzvorlage nicht. Bei der Wenderung des Brausteuergesetzes wird es nicht einmal für notwendig gehalten, den bisherigen Text zum Vergleich beizugeben, und die Wenderungen sind ohne solchen gar nicht zu verstehen. Es ist doch eine starke Zumutung an die Abgeordneten, sich die älteren Gesetze besonders zu beschaffen und nun mühsam die Wenderungen einzutragen. Der liegt die Pflicht in diesem Vorgehen, um das Verständnis der Bitterkeit des Gesetzentwurfs zu erschweren?

Das Entscheidende daran ist die Erhöhung der Brausteuer um rund 10 Mk. pro Doppelzentner Malz; auch die Stoffel hat man etwas vereinfacht, darin liegt aber wieder eine kleine Erhöhung. In Zukunft sollen von den ersten 250 Doppelzentnern Malz 14 Mk., von den folgenden 1250 Doppelzentnern 15 Mk., von den weiterfolgenden 1500 Doppelzentnern 16 Mk., von den folgenden 2000 Doppelzentnern 18 Mk. und von dem Rest, also allem über 5000 Doppelzentnern, 20 Mk. Abgabe erhoben werden.

Das ist für das Brauereigebiet im Durchschnitt mehr als eine Verdoppelung und man will damit ein Mehr von 100 Millionen Mark herausbringen.

Die Grundlagen, auf denen diese Berechnung aufgebaut ist, sind höchst zweifelhafter Natur, wie denn die ganze Begründung des Entwurfs nur als schillerhaft bezeichnet werden kann. Man sollte es, ehrlich gestanden, nicht für möglich halten, daß das Reichshofsekretär einen so wichtigen Gesetzentwurf in einer Weise begründet, die selbst auch den Laien den Eindruck absoluter Unzulänglichkeit machen muß.

Zunächst wird betont, daß die Biersteuer der Reichskasse, einschließlich Bierzoll, Uebergangsabgabe und Ausgleichsbeträgen der Referenzstaaten rund 75 Millionen Mark oder 1,23 Mk. pro Kopf der Bevölkerung erzeuge. Im Vergleich dazu wird England gestellt, das aus dieser Steuerquelle 255 Millionen Mark oder 5,87 Mk. auf den Kopf zieht und die Vereinigten Staaten, die 250 Millionen Mark oder 2,94 Mk. auf den Kopf aus dem Bier ziehen. Ein solcher Vergleich entbehrt der einfachsten statistischen Ehrlichkeit. Er unterläßt es, anzuführen, daß das Bier bei uns noch in den Referenzstaaten einer Steuer unterliegt, daß zahlreiche Gemeinden es mit einer Gemeindefsteuer belegen und vor allem, daß das Malz einem Zoll von 5,40 Mk. unterliegt. Tatsächlich brachte das Bier 1906 in Deutschland an Reichs- und Staatssteuern 122 Millionen; dazu kommt die Belastung durch den Malz Zoll mit rund 90 Millionen Mark, der soll im Preise zum Ausdruck gelangt. Ferner die Kommunalabgaben, die auch gut ihre 20 Millionen betragen dürften, so daß sich damit eine Gesamterhebung des Bieres pro Kopf auf nicht viel unter 4 Mk. ergibt, von der freilich, dank der einzelstaatlichen Finanzergänzung und unserer tüchtigen Zollpolitik noch nicht der dritte Teil in die Taschen des Reiches fließt. Die Binsenwahrheit, daß die Gemeindefürsorge in einem Land, das seine Zölle auf notwendige Lebensbedürfnisse kennt, mehr Steuern zu tragen vermögen, ist von dem durch Agrarzölle schwer belasteten, existiert natürlich für die Begründung des Entwurfs nicht.

Am zuzulegen, wie gerechtfertigt eine Erhöhung der Biersteuer ist, wird nach der Statistik von 1906 der Bierkonsum mit 73 Mill. Hektoliter angenommen und dieser mit dem Schnapppreis von 30 Mark für den Hektoliter multipliziert. Dabei ergibt sich, daß das deutsche Volk für seinen Biergenuß (mäßig gerechnet) 2,15 Milliarden Mark oder rund 36 Mark auf den Kopf der Bevölkerung verausgabte. Die Staatsabgaben maßen danach also nur 5 Prozent aus.

Nun war aber das Jahr 1906 ein Rekordjahr im Bierverbrauch. Allein in der norddeutschen Brauereigemeinschaft wies das Jahr 1907 bereits einen Rückgang von 2 1/2 Millionen Hektoliter auf, ebenso ist der Bierverbrauch in Süddeutschland zurückgegangen, und im laufenden Jahr hat die rückläufige Bewegung in Nord-, wie in Süddeutschland noch ganz andere Dimensionen angenommen. Es muß als ein erheblicher Mangel der Begründung bezeichnet werden, daß mit den absolut nicht mehr maßgebenden Ziffern des Jahres 1906 operiert wird. Zum allermindesten hätten die von 1907 zugrunde gelegten werden müssen, und der weitere starke Rückgang des laufenden Jahres hätte wenigstens schlagend die Mitherrlichkeit werden sollen. Freilich damit hätte sich nicht das beweisen lassen, was man beweisen will.

Die geplante Erhöhung ergibt nach der Begründung eine Durchschnittsbelastung des Doppelzentners Malz von 17,20 Mk., gegen 7,11 Mk. zur Zeit und des Hektoliters untergründigen Bieres von 4,30 Mk. gegenüber 1,78 Mk., wobei natürlich der Zoll auf Gerste und Malz noch nicht einmal berücksichtigt ist. Um die 100 Millionen Mark Mehrbetrag für das Reich herauszubringen, würde es genügen, wenn der Bierkonsum in Zukunft nur 41 Millionen statt 73 Millionen Hektoliter in 1906 beträge. Man rechnet also mit einer enormen Abnahme des Konsums infolge der Brausteuer-

erhöhung, oder aber man hofft, aus der Erhöhung wesentlich mehr herauszuschlagen, als man in der Begründung angibt. Da die Pflicht ist, die Steuer so stark zu erhöhen, daß sie von den Wirten im Schanpreise auf die Konsumenten abgewälzt werden kann, was für Norddeutschland ungefähr die Erhöhung des Preises für den halben Liter auf 20 Pfennig bedeuten würde, so würde dies zweifellos auch die Wirkung haben, den Bierverbrauch enorm einzuschränken.

Es ist charakteristisch, daß die Begründung mit keinem einzigen Wort darauf eingeht, wie eine derartige Steuererhöhung auf die Brauindustrie wirken würde. Die letzte Steuererhöhung hat allein für die Berliner Aktienbrauereien zu einer Entwertung des in ihnen angelegten Kapitals von 25 Millionen Mark geführt. Auch die bestimmten unter ihnen haben ihre Dividenden außerordentlich eingeschränkt müssen. Den fürstlichen Schloß, der mit dieser neuen Steuererhöhung gegen sie geführt werden soll, könnten sie nur dann halbwegs überleben, wenn sie sich laxehalten und die Produktion enorm einschränken und die Preise entsprechend erhöhen. Eine derartige Kartellierung erweitert sich aber als unmöglich, da sie von den Wirtevereinigungen sofort mit der Gründung ringsfreier Brauereien beantwortet werden würde. Deshalb gehen die Bestrebungen der Brauer, wenn die Steuererhöhung Gesetz werden sollte, auch bereits dahin, das Entstehen neuer Brauereien durch eine Kontingenterung der bestehenden zu verhindern. Die ungesunden Verhältnisse, die man für die Spiritusindustrie geschaffen hat, sollen also auch auf die Brauindustrie erstreckt werden!

Das Bier könnte für die Kosten des Reiches gewiß ganz anders herangezogen werden, wenn man seine Produktion nicht durch die Zölle verteuert und die Konsumkraft des Volkes nicht durch die Lebensmittelversteuerung einschränkt. Andere verkehrte Wirtschaftspolitik macht eben eine vernünftige Finanzreform unmöglich.

## Deutsches Reich.

Solz- und Personalnachrichten.

— Prinzessin Theresie von Bayern, die einzige Tochter des Prinzregenten, ist an fibriger Bronchitis heftig erkrankt.

## Das Halesche Kaiserinterview.

Newport, 23. Nov. Der „World“ veröffentlicht einen Auszug aus dem unterdrückten Kaiser-Interview mit der Erklärung, daß William Hale selbst diesen Auszug gesehen und für richtig erklärt habe. Die Hauptpunkte, die in der „World“-Veröffentlichung aufgeführt werden, sind folgende: Der Kaiser soll Herrn Hale erzählt haben, daß König Edward ihm mehr als zwei Jahre lang „geschnitten“ habe, weil er über die politische Normhaltung Deutschlands in Europa höchst aufgebracht gewesen sei. Kaiser Wilhelm erklärte sich jedoch weiter: Wenn ein europäischer Krieg unermesslich sei, so wäre es ihm um so lieber, je früher er ausbreche; er sei bereit und der Ungewissheit überdrüssig. England sei seit seinem Siege über Transvaal und den Orange-Freistaat eine im Niedergang begriffene Nation, weil es in diesem Feldzuge eine uneheliche und gottlose Sache vertrat, und die göttliche Gerechtigkeit verpflichtet war, dem mächtigen Reiche, das einen solchen Krieg unternommen hatte, entgegenzutreten. Ueber das englisch-japanische Bündnis soll der Deutsche Kaiser dahin ausgesprochen haben, daß es eine schändliche, gegen die weiße Rasse gerichtete Allianz sei. England habe damit eine Treulosigkeit bewiesen, wie man sie von einer christlichen Nation nicht erwarten sollte. Die einzige Möglichkeit, dieser Allianz entgegenzuarbeiten, liege in einem gemeinsamen Vorgehen Deutschlands und Amerikas.

## Deutschland und Frankreich.

„Le Journal“ publiziert ein Geplärz seines Berliner Korrespondenten mit einer nicht näher bezeichneten Persönlichkeit aus der Umgehung des Fürsten von Bülow. Dieser Staatsmann hebt hervor, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit das vom Kaiser jüngst empfangene Versprechen sehr hoch einschätze. Ehrig und emsig, wie je zuvor, werde Deutschland an den vom Kaiser so erfolgreich geförderten Friedenswerten fortarbeiten. Niemand sei eine unmittelbare Kriegsgefahr zu erblicken. Zu den wichtigsten Bürgschaften gegen den Ausbruch eines Weltkrieges dürfe man die konsequent friedliche Haltung des Landes wie zur See Respekt einflößenden Deutschen Reiches rechnen, dessen Leiter sich aufrichtig freuen würden, gemeinsam mit Frankreich die Balkanhalbinsel zu besetzen zu helfen. Die Anerkennung, welche der Kaiser jüngst den guten Eigenschaften der französischen Nation geollt habe, werde ganz gewiß auch vom Kaiser geteilt, der zu wiederholten Malen dem Nachbarvolke in Wort und Tat

Sympathiebeweise gegeben habe, für die man aber in gewissem Maße weniger Gedächtnis zu haben scheint als für die im politischen Verkehr zweier Nachbarvölker schier unermesslichen Kleinen Unfrömmigkeiten.

## Die Allianz des Fürsten Bülow beim Kaiser.

Die den Abschluß der Allianz bildete, wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer Wochenchau beiproden; das offiziöse Blatt sagt dazu:

Die amtlichen Mitteilungen über das Ergebnis der Allianz, die Se. Majestät der Kaiser und König am Dienstag dem Reichstagler Fürsten von Bülow gewährte, hat die deutsche Presse fast allgemein mit aufrechter Beifriedigung aufgenommen. Gegen verengte Blätteräußerungen entgegengefügter Art im gegenwärtigen Augenblick Stellung zu nehmen, liegt kein Bedürfnis vor, da sie sich zum Teil durch ihre hinfällige Selbstlosigkeit selbst richten, zum Teil von Grundanschauungen ausgehen, denen eine praktische Bedeutung vollkommen fehlt. Das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit wird von dem Gefühl tiefen Dankes beherrscht gegenüber der hochherzigen Entscheidung des Kaisers und Königs, die in der oben erwähnten amtlichen Kundgebung zum Ausdruck gebracht ist. In der hohen Auffassung der Herrscherpflichten, die aus der kaiserlichen Entschloßung spricht, bestärkt die deutsche Nation eine Bürgschaft für die Fortdauer des wiederergewonnenen Vertrauensverhältnisses zwischen Krone und Volk, aus dem in der Vergangenheit so herrliche Taten hervorgegangen sind. Menschlich und politisch erscheint der Entschloßung Se. Majestät um so größer, als er gefaßt worden ist trotz unangenehrer Ausbreitungen der öffentlichen Kritik, die der Kaiser als ungewohnt empfinden mußte. Das deutsche und das preussische Volk wird seinem Kaiser und König auch in Zukunft Vertrauen mit Liebe vergelten zum Heil und Segen unseres Vaterlandes.

## Ein „Ministerschub“ in Preußen.

wird neuerdings von einigen Blättern aufwört. So verfahren z. B. die „Deuts. Nachr.“ auf das Bestimmteste, Kultusminister Solle werde nicht mehr in sein Amt zurückgekehren. Der Minister des Innern v. Motzke soll sich lediglich nach Herrn Hofes Gesell sehen, und als Nachfolger des Herrn v. Motzke werden die Oberpräsidenten von Nordrhein und v. Troitz zu Solz sowie der Vizepräsident von Berlin, von Stubenrauch in Frage kommen.

## Gegen die Arbeitslosigkeit.

mehren sich erfreulicherweise die Maßnahmen der Kommunen und die sozialpolitischen Vorstöße berufener Instanzen. Alle Erwägungen sind aber zweifellos, wenn nicht zuerst einmal ein Ausgleich zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitermangel geschaffen wird. Wenn die Blätter mitteilen, daß vor den Toren Berlins Arbeitermangel herrscht und in der Reichshauptstadt selbst Tausende obdachlos sind, oder wenn es richtig ist, daß in Brandenburg, Prenzlau, Rauen und vielen anderen Städten jeden Sonntag Hunderte von polnischen, galizischen, tschechischen, italienischen, slowenischen und anderen ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen die Kirchen und Kaufhäuser füllen, während in Berlin einheimische Arbeitskräfte die Äpfel säumen, so spricht ein solcher Zustand doch jeder ernsthaften Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Äpfel säumen, so spricht ein solcher Zustand doch jeder ernsthaften Bekämpfung der Arbeitslosigkeit theoretisch und praktisch entgegenzuarbeiten, sollte diese erte und notwendige Arbeit nicht überlassen werden. — Es ist bedauerlich, daß bei der neulichen zweitägigen Reichstagsdebatte über die Arbeitslosigkeit dieser wichtige Punkt viel zu kurz gekommen ist.

## Fahrkartensteuer oder Nachsteuer.

Von gut unterrichteter Seite hört die „Saale-Zeitung“, daß mit der Aufhebung der Fahrkartensteuer noch nicht mit Bestimmtheit gerechnet werden kann. Bei den rechtsstehenden Parteien des Reichstages besteht nämlich eine ausgeprohene Stimmung dafür, lieber die Fahrkartensteuer beizubehalten, als die Nachsteuer anzunehmen. Sollte die Fahrkartensteuer, die die Nachsteuer doch nur teilweise ersetzen kann, beibehalten werden, so müßte ihre Erhebungsform grundlegend geändert werden.

## Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern.

Wie die „Berliner Universal-Korrespondenz“ zuverlässig erfährt, wird mit der Umarbeitung des von der Regierung vor einigen Monaten veröffentlichten Arbeitskammern-Gesetzentwurfes im Reichsamt des Innern in allernächster Zeit begonnen werden. In welcher Weise die Abänderungen erfolgen werden, steht noch nicht fest. Voraussichtlich wird aber die Bildung der Arbeitskammern den Landesregierungen zugestellt werden.

Die deutsche Güterwagengemeinschaft.

Die gegenwärtig in Frankfurt a. M. tagende Konferenz von Vertretern Preussens und der süddeutschen Staaten über die Güterwagengemeinschaft verläuft, wie die Berliner Universal-Korrespondenz zuverlässig berichtet, der Hauptlinie nach dem von dem schon zwischen Preußen, Hessen, Elsaß-Lothringen, Oldenburg und Mecklenburg bestehenden Staatsbahnenverband auf das ganze Reich auszuweiten. Zwischen den vorgenannten Bundesstaaten besteht schon seit Jahren die Vereinbarung der gegenseitigen Benutzung der leeren Güterwagen, und zwar in der Weise, daß die finanzielle Entschädigung jedes Bundesstaates nach Wagenkilometern berechnet wird. — Aus Frankfurt am Main wird über das Ergebnis der Konferenz berichtet:

Die Konferenz der deutschen Bahnverwaltungen über eine Güterwagengemeinschaft hat einstimmig Annahme aller Bestimmungen ergeben. Damit ist die deutsche Güterwagengemeinschaft perfekt geworden.

Die Gemeindefürsorge in Deutschland und im Auslande.

Die internationale Arbeitsamt hatte bei den der Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterbeschäftigung in den letzten Jahre eine Umfrage über die Durchführung der Arbeiterfürsorge unternommen, wobei es sich hauptsächlich um die in den verschiedenen Ländern herrschende Ausgestaltung des Gemeindefürsorge handelte. Hierbei schiedet, wie wir in der „Sozialen Praxis“ lesen, Deutschland außerordentlich günstig ab. Die angegebenen Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1906. Im Deutschland sind der Gemeindefürsorge unterstellt 236 643 Betriebe mit 5 884 655 Arbeitern; hierfür besteht ein Beamtenstab von 428 Personen. England mit 263 264 revisionspflichtigen Betrieben und 4 901 936 darin beschäftigten Arbeitern verfügt nur über einen Beamtenstab von 163 Personen. Frankreich hat nur 123 Beamte bei 548 225 revisionspflichtigen Betrieben mit 3 864 007 Arbeitern. Die übrigen Staaten bleiben mit den Zahlen weit zurück. Desterreich hat 82 Beamte, Ungarn 49, Belgien 38, Niederlande 28, Dänemark 27, Italien 17, Spanien 16, Schweiz 9, Schweden 8, Luxemburg 2. Lassen sich auch mit den andern Ländern schwerer Vergleiche ziehen, weil die Verhältnisse so sehr von den deutschen abweichen, so ist doch der große Unterschied in der Beamtenschaft gegenüber den ungefähr auf gleicher Stufe stehenden Ländern England und Frankreich sehr auffallend. In Deutschland gelangen von 100 revisionspflichtigen Betrieben 52 Prozent zur Revision; für Frankreich und England fehlen leider die entsprechenden Angaben. Dagegen ist für England mitgeteilt worden, daß ein Beamter im Jahre 2345 Revisionen zu erledigen hat; in Frankreich entfallen auf einen Beamten jährlich 1205 Revisionen. In Preußen wird die Zahl von nur 400 Revisionen für einen Beamten jährlich als Norm angesehen.

Der Hofkammer der Vereinigten Staaten in Leipzig.

Wie uns gemeldet wird, befindet sich der Hofkammer der Vereinigten Staaten von Amerika, Dr. Hill, schon seit drei Wochen in einer privaten Anwesenheit in Leipzig. Dr. Hill kehrt am 26. d. Mts. wieder nach Berlin zurück. Während seiner Abwesenheit führt der erste Sekretär Mr. Pitt die Geschäfte der Hofkammer.

Gegen die Unstiftlichkeit.

Der preussische Erzbischof ruft nach der „Allg. Ztg.“ im neuesten Hirtenbrief, der demnächst von allen Bischöfen der katholischen Kirche in Preußen gelesen werden muß, zum Kampf gegen die Unstiftlichkeit auf. Die Unstiftlichkeit, die Kinder möglichst früh über geistliche Dinge aufzuklären, wird in dem Hirtenbrief verworfen; die Verehrer dieser Lehre werden als falsche Propheten bezeichnet. Einwandstand ist der Hirtenbrief, der von den Kardinalen von Köln und Breslau unterzeichnet ist, wenn Eltern, Gesellschafter oder Verwandte von Leuten in vorgerücktem Alter warnende oder bewahrende Worte über die Unstiftlichkeit richten. Mit allem Nachdruck soll gegen die Verbreitung unchristlicher Karten und Bilder vorgegangen werden; man müsse die öffentliche Meinung dagegen aufzurufen, mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen, und bei Weigerung und Gerichte nicht ausweichen, zur Selbsthilfe greifen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Schaulustigen unserer Läden und die umherziehenden Händler genau überwacht werden; grundsätzlich sollte niemand einen Laden betreten, in dem anrüchliche Karten oder Bilder geführt werden.

Parlamentarisches.

Aus der preussischen Lehrerbildungskommission.

N.L.C. Die nationalliberalen Mitglieder der Bildungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses haben die folgenden zwei Anträge eingebracht:

1. Abtrennung der niederen Küsterdienste.

Niedere Küsterdienste dürfen in Zukunft Volksschullehrern nicht mehr übertragen werden.

Für diejenigen Stellen, bei welchen Schul- und Küsteramt dauernd verbunden ist, wird die infolge der Abtrennung erforderliche Auseinanderlegung, insbesondere die dadurch bedingte Kürzung der Stellenentlohnung in der im § 30 Abs. 6 des Schulunterrichtsgesetzes vom 28. Juli 1906 bestimmten Weise geregelt.

Bei denjenigen Stellen, bei welchen zurecht der Küsterdienst von einem Lehrer wahrgenommen wird, ist eine Abtrennung der niederen Küsterdienste auf Antrag eines Beteiligten (Kirchengemeinde, Schulverband, händig angestellter Lehrer) herbeizuführen. Die Auseinanderlegung, insbesondere die Kürzung des Stellenentlohens erfolgt nach den Grundätzen des Abs. 2, sofern nicht eine Einigung der Beteiligten unter Genehmigung der Aufsichtsbehörden erzielt wird.

Der Umfang der niederen Küsterdienste im Sinne dieser Vorschriften wird durch Regulatio des Unterrichtsministers bestimmt.

2.

Im § 16 Abs. 3 des Wort „unmittelbaren“ durch die Worte „mittleren“ (Klasse IV des neuen Tarifs des Geheltes, betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten) zu ersetzen.

Der erste Antrag befreit die Lehrerschaft von den niederen Küsterdiensten, indem er deren Übertragung auf einen Lehrer für die Zukunft untersagt, und da, wo ein Lehrer zurecht niedere Küsterdienste wahrzunehmen hat, deren Abtrennung auf Antrag herbeizuführen will.

Der zweite Antrag bezieht sich auf die Mietsenständigung der Lehrer. Er will diese Mietsenständigung bestimmt wissen nach dem Tarif des neuen Wohnungsgeldzuschusses, und zwar nach derjenigen Klasse, in welche die Subalternbeamten (Regierungssekretäre usw.) eingereiht sind. Beide Anträge tragen billigen Wünschen der gesamten Lehrerschaft Rechnung.

Wie verlautet, sollen die Anträge auf Änderung der Verfassung am 2. Dezember im Reichstage beraten werden.

Parteinachrichten.

In der Tagung des Parteivorstandes des Wahlerzeins der Liberale (Reichstags-Vereinigung), die am Sonnabend und Sonntag im Reichstagsgebäude stattfand, wurde nach Erstattung der Referate des Abgeordneten Schrader über die allgemeine politische Lage, des Abg. D. Raumann über die inneren Parteifragen, des Abg. D. Gothein über die einzelnen Steuerreformfragen und des Abg. Dr. Wagnier über die preussische Steuerreform in einer eingehenden Diskussion die gesamte politische Lage der Partei erörtert. Die Stellungnahme zur Finanzreform wurde ebenfalls als die wichtigste politische und wirtschaftliche Aufgabe für den nächsten Liberalismus angesehen, der dabei alles daran setzen muß, um einen wesentlichen Fortschritt in der Durchsetzung seiner Ziele und Aufgaben zu erreichen.

Im Wahlkreise Siegen-Wittgenstein-Viedenkopf ist es erfreulichweise zu einer Einigung innerhalb der linksliberalen Parteien gekommen. Einimmig einigte man sich auf die Kandidatur Aufse.

Allgemeine Mitteilungen.

Unter Führung des österreichischen Altschützen Schönerer trafen am Sonnabend 30 deutsche Oldmärker in Friedrichshagen ein und veranstalteten am Morgen des Alt-Wehrfestes eine ernste Totenfeier. Schönerer hielt eine Ansprache. Die Teilnehmer aus Nieder- und Ober-Oesterreich, Böhmen, Mähren, Tirol und Salzburg legten prachtvolle Kränze am Grab, und

Die württembergische Regierung arbeitet den Entwurf einer Wertzuwachssteuer als fakultative Gemeindesteuer aus.

See- und Flotte.

Unberechtigte Kritiken.

Die „Kiel. R. N.“ (Generalanzeiger) plädieren für den bereits mitgeteilten — Hurraheffekt in die Marine. Sie schreiben:

So hat die gänzlich harmlose Einführung eines auf dem Wasser zu fahrenden Breitwimpels für die Kaiserin zu einer wahren Staatsaktion aufgeblüht, dabei aber ganz übersehen oder nicht gemerkt, daß es sich erstens um eine am 28. September erlassene Anordnung, zweitens aber gerade um eine Vereinbarung des Zeremoniells handelt. Durch das Sehen des Breitwimpels soll nämlich in Zukunft das Salutieren und Paradiern der Schiffe, wie es beim Ergehen der Standarte sonst ausgeführt werden muß, außer bei besonderen Anlässen, vermieden werden. Im übrigen zeigt ein Blick in jedes Flaggenbuch, daß andere Marinen, und zwar voran die englische, teilweise erheblich mehr Abwehnen besitzen als die deutsche. Ferner ist auch eine von der Hochseeflotte erlangene und unsere Erfindungen nach übrigens lebhaft für den inneren Dienst der Schiffe, nicht aber etwa für die Öffentlichkeit bestimmte Anordnung über die Einleitung gleichmäßigen Hurraufens beim Paradiern verschiedentlich abfällig besprochen worden. Die Disziplin und das militärische Exerzium verlangen aber nun einmal die Gleichmäßigkeit und man wird annehmen dürfen, daß der deutsche Steuergeldbesitzer Bedenken tragen würde, für eine Flotte Geld auszugeben, auf der die Disziplin, die schließlich doch auch in Heerestrichen ihren Ausdruck findet, nicht hochgehalten würde, und auf der nach Marinen unvollkommener Staaten ein Soldat denselben Befehl heute, der andere morgen ausführen würde. Natürlich sieht sich für in militärischen Dingen nicht Bewanderns bedürftige Unterstellungen aufzulösen und er würde noch mehr über die ins Detail gehende Grundlosigkeit, die bei dem Wesen des Geschw.-Erziehungsreglements haften. Wie aber soll man anders durchaus notwendige Gleichmäßigkeit unter Tausenden von Leuten erzielen?

Ausland.

Russisch-österreichische Bestimmungen.

In Wiener diplomatischen Kreisen wird die Petersburger offizielle Mitteilung, daß infolge der Hoftrauer die angeordnete Entsendung des Großfürsten Michael nach Wien zur Begrüßung des Kaisers Franz Joseph unterbleibt, lebhaft besprochen, es wird allgemein angenommen, daß die Unterlassung dieser Höflichkeitsehrung seitens des Zaren I. Alex. Gr. u. d. h. haben müsse, da die Frankfurter Hofe kein Hindernis für die Durchführung der Willen des Großfürsten Michael bilden könne. Wenn man in Erwägung zieht, daß der Zar auch den Empfang des Hofkammers Grafen Berghold zur Überreichung des Handschreibens des Kaisers Franz Joseph viele Wochen hinausgeschoben hat, so könnte man sich nicht der Überzeugung verschließen, daß diese Unfreundlichkeiten seitens Russlands gegenüber Oesterreich-Ungarns mit v. offener Absicht und zu bestimmten Zwecken erfolgen.

Die „Zukunft der russischen Flotte“.

In Petersburg schwebt gegenwärtig der Prozeß wegen des Anfalls, der kürzlich dem Kreuzer „Oleg“ zuzufloß. Die Gerichtsverhandlung gibt ein Bild des immer weiter fortschreitenden Verfalls in der russischen Marine. In Bord des „Oleg“, der bekanntlich von der Gardemarine, gewissermaßen der Zukunft der russischen Marine, bemantelt war, herrschten Zustände, die jedem Begriff von Disziplin Hohn sprachen. Auf dem Kreuzer wußte keiner, auch nicht der famose Kapitän ersten Ranges v. Giers, welchen Kurs der Kreuzer eigentlich hatte. Das Licht eines kleinen Dorfladens wurde für das Feuer eines Leuchtturmes angesehen. Schließlich ist der Kreuzer bei der langamen Fahrt von dreizehn Knoten auf die feine Rille aufgefahren. Die Anklage betonte, daß solche Vorfälle wie die Strandung des „Oleg“ jegliches Vertrauen zur russischen Flotte definitiv untergraben müssen.

Neue Ausbreitungen in Prag.

Ueber schwere neuerliche Ausbreitungen wird uns aus Prag vom gestrigen Sonntag berichtet: Auf dem Gräben fanden mittags abermals furchtbare Ausbreitungen von Tschachen gegen deutsche Studenten statt, die wiederholt beleidigt und mißhandelt wurden. Die Wachen verhielten sich vollständig passiv. Da die Lage sich immer bedrohlicher gestaltete, führte Generalmerle den Gräben. Der Pöbel zog dann, schiffische Sechshaber und herliche Nationalkrieger abhingend, auf den Domplatz, wo Rufe ertönten. Auf Wiedersehen auf dem Gräben am nächsten Sonntag. Im Laufe des Nachmittags wurden wiederholt deutschsprachige Passanten von der Menge überfallen und mißhandelt. Es wurden 28 Verhaftungen vorgenommen.

Das Ende der persischen Verfassung.

Aus Teheran wird unter dem 23. November gemeldet: Morgen wird in allen Moscheen eine Proklamation des Schahs angeschlagen, von der die Hauptstelle folgenden Wortlaut hat: Wir hatten versprochen, das Parlament zum 14. November einzuberufen, und waren bereit, unser Wort zu halten. Da aber die Vertreter unseres Volkes uns haben wissen lassen und schriftlich bekundet haben, daß sie keine Konstitution haben wollen, und auf einen ganzen Volk uns gebeten hat, das Parlament nicht einzuberufen, haben wir beschlossen, ihre Wünsche zu erfüllen. — Siamanwendet sich die Proklamation an die Geistlichen und sagt: Da ihr die Einziehung eines Parlaments als eine Veräußerung der Geheiß des Schahs erkannt habt, was von der Geistlichkeit telegraphisch und schriftlich erklärt worden ist, so haben wir von einem solchen Plane ab. Ein Parlament soll in Zukunft unter keinem Vorwande eingeleitet werden. Nichtsdestoweniger haben wir die nötigen Befehle zur Wahrung der Gerechtigkeit gegeben. Wir berufen Vertreter der Geistlichkeit, um dem ganzen Volke Mitteilung von unserem Entschlusse zu machen, die Rechte der Untertanen zu schützen und nach den Religionsvorschriften alle übermühten Pläne zu vereiteln. — Die Anspielung auf die Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit scheint sich auf den schon länger bestehenden Plan, ein Gesetzbuch einzuführen, zu beziehen.

Wahldemonstrationen in Konstantinopel.

Aus Konstantinopel hört das Wien. Tel.-Büro: Wegen verschiedener Schikanen bei den Parlamentswahlen fanden bereits gestern und vorgestern griechische Kundgebungen statt. Die Griechen drohten für heute, falls die Wahlmischbräute nicht aufhörten, die Veranstaltung größerer Demonstrationen an. Es sind umfangreiche militärische Maßnahmen getroffen worden. Gegen Mittag wurden mehrere tausend Griechen in Stambul und demonstrierten vor der Porta, ein Ministerialrat stand. Der Akerbauminister, ein Grieche, wurde vom Ministerat beauftragt, die Demonstration zu beruhigen. Der Großvezir empfing später eine Abordnung der Griechen. Ein Individuum geriet in eine Fehde des Abganges des Akerbauministers, der sich nach Pera begeben sollte, um ein Einvernehmen zu erzielen. Der in demselben Wagen befindliche griechische Bischof wurde mißhandelt.

Die Ereignisse in China.

Aus dem letzten Erlass des toten Kaisers.

Die chinesische Gemalteschicht stellte der Presse den Wortlaut des letzten Regierungserlasses des verstorbenen Kaisers zur Verfügung. Wir entnehmen daraus das Folgende:

Die Leiden unseres Volkes (Hungersnöte) empfinden wir so tief, daß wir mit Anlauf eilen und mit Anlauf schlafen. Schon immer an Mitleid und Mitleid lebend, fühlen wir uns, trotz ärztlicher Pflege, seit dem Herbst vorigen Jahres stets unwohl. Aus plagen: Brustbeklemmung, Magenbeschwerden, Kreuzschmerzen, Beinschwäche und Atemnot mit Husten. Bei den immer schwerer werdenden Leiden können wir das Bett nicht mehr verlassen. Ist das nicht eine Schindung des Himmels? So tritt denn die wichtige Frage der Thronfolge an uns heran, und wir müssen die geeignete Persönlichkeit auswählen. Durch den Erlass der Kaiserin-Mutter Pu Yi, der Sohn des Prinzen Tsiang, des Regenten, zur Thronfolge berufen worden. Da wir glauben, daß der zur Thronfolge berufene Kaiser noch menschenfreundlicher Natur, pietätvoll und tughaft ist, so wird er unsere Hoffnungen erfüllen, indem er nach der Uebergabe des Kaiserthums stets mit Eifer und Vorwitz die Grundlagen unseres Staates zu festigen sich bemüht.“

Deutsche Schiffsbewegungen in China.

Infolge der Nachrichten von den Aufstandsbelegungen in den Yangtse-Bezirgen ist das Kanonenboot „Tilts“ von Schanghai den Yangtse hinauf nach Hankau beordert worden. Dahin ist auch das Fluskanonenboot „Fors“ unterwegs. In dem Stromgebiet zeigt dann nach als drittes Fahrzeug das Fluskanonenboot „Waterland“ die deutsche Flagge.

Vom Zustand auf Haiti.

Zu der haitianischen Aufstandsbelegungen liegen folgende Meldungen vor: Kingston (Jamaica), 23. Nov. Nach hier aus Haiti eingelaufenen Meldungen ist die Revolution zugenommen. Des verbannten Generals Fouchard ausgebrochen. Die Bewegung breitet sich über den ganzen Süden aus, dessen Bevölkerung einmütig den Verzicht des Präsidenten Nord und die Wahl Fouchards fordert. Newport, 23. Nov. Wie ein Telegramm aus Port-au-Prince meldet, läßt die Regierung die Stadt Aux Cayes, von wo General Simon den Aufstand leitet, blockieren. Truppen haben die Stadt umgeben.

Kleine Tagesnachrichten.

Der „Temps“ in Paris meint zur Rede des deutschen Kaisers in Berliner Rede aus Anlaß der Hundertjahrfeier der preussischen Städteordnung, daß die Rede eine höchst gelungene und glückliche gewesen sei. Sie enthalte abweichend von gewöhnlichen Pariser Blättern eine deutsche Volk sehr gut verstanden.

Ein neuer Mord in Leipzig.

Leipzig, 22. Nov. Ein Familien-drama, das mit einem Gattenmord seinen schrecklichen Höhepunkt fand und darum kaum tragischer sein gedacht werden kann, wird aus G a u s s h s gemeldet. Es war fast langem bekannt, daß der Arbeiter Karl Friedrich Kaufschbach, geb. am 25. März 1870 in Merseburg, mit seiner Frau im Unfrieden lebte. Familienunwägigkeiten, Zank und Streit waren etwas Häufiges. Kein Wunder, daß es sofort Aufsehen erregte, als die Frau Kaufschbach am 16. November nicht gesehen wurde und auch die folgenden Tage verschwunden blieb. Es wurde allerlei gemunkelt und gegen Kaufschbach richtete sich der Verdacht, der um so mehr Nahrung fand und um so berechtigter schien, als in der Nähe des Döhriger Wehres verschiedene Sachen gefunden wurden, die der verschwundenen Frau gehörten. Der allgemeine Verdacht, der auf Kaufschbach lastete, veranlaßte den in Gaußh stationierten Gendarmen, zur Verhaftung des des Gattenmordes Verdächtigten zu schreiten. Bei der Verhaftung legte der Mörder ein volles Geständnis ab. Er habe seine Frau — ein Streik vor vorausgegangen — beim Döhriger Wehr in die Weisse geschossen, mit deren kalten Händen die Frau noch einige Zeit gestämpft habe, dann aber untergeunken und ertrunken sei. Kaufschbach gibt zu, seine Frau in der Weisse, die er ertränkte, in den Fluß geschossen zu haben. Bis jetzt konnte die Leiche der Ertrunkenen noch nicht gefunden werden. — Von anderer Seite wird dem „Tag.“ gemeldet: Die alte Geschiedte. Vier Kinder und eine Stiefmutter. Der 38 Jahre alte, aus Merseburg stammende und in Gaußh, Döhriger Al., wohnende Kaufschbach verlor vor einem Jahre seine Frau durch den Tod. Sie hinterließ ihm vier Kinder. Im vorigen Jahre heiratete Kaufschbach seine zweite Frau, die ihm einen 12 Jahre alten Sohn mit in die Ehe brachte. Kaufschbach war der unbegründeten Meinung, daß seine Frau seine Kinder vernachlässige und Streit und Haber waren bei der Familie an der Tagesordnung. Am vorigen Sonntag scheint es wieder zu Streitigkeiten gekommen zu sein. Die Frau Kaufschbach wurde daraufhin nitigends mehr gesehen und die Nachbarschaft dachte sofort an ein Verbrechen, weil sie Kaufschbach als einen jähzornigen Menschen kannten. Auf die Frage, wo seine Frau sei, entgegnete er, sie sei am Sonntag im Sonntagstode ausgegangen und seitdem habe er sie nicht mehr gesehen. Warum er ihr nicht nachgegangen sei? „Schließ sie laufen in die Kneipe.“ Kaufschbach kimmerte sich die ganze Woche nicht um seine Frau, bis sich die Behörde ins Zeug legte und recherchierte. Frau Kaufschbach war allseitig beklagt und eine sehr fleißige Frau. Sie ging ar Arbeit und verdiente viel Geld. Kaufschbach soll den Frauen seiner Frau ganz besonders gehaßt haben, weil dieser sich selbst Geld verdiente und daher besser gestellt sein konnte, als wie seine Kinder. „Meine Frau kommt nicht mehr, die ist ins Wasser gehuppt“, sagte er in den letzten Tagen den Leuten.

Verheerende Feuersbrunst.

Giebelschuppen, 21. Novbr. Wermals hat ein gewaltiges Schadenfeuer unseren Marktsiedeln heimgesucht. Am Freitag morgen kurz vor 8 Uhr brach das Feuer aus. Man weiß noch nicht genau, wie und wo es ausgekommen, in der Scheune des Fenzhalmers Müller oder in der Scheune des Müllers Käufer. Mit rasender Schnelligkeit breitete sich das Feuer aus. In der Zeit von einer halben Stunde stand ein großes Viedel, bestehend aus ca. 20 Gefässen, in hellen Flammen. Die Scheunen, die mit Stroh und Heu gefüllt waren, boten dem Elemente reiche Nahrung. Die Feuerwehren von hier, von Wülfershausen, Wilschhausen, Rübbershausen, Wolfbrandshausen und Krenshausen fanden dem gewaltigen Feuer fast machtlos gegenüber. Erst heute, Sonnabend, früh, nach 24 fründigen Wüten, war das Feuer auf seinen Herd beschränkt und die Gefahr eines weiteren Umschlagens des Moores beseitigt, doch gleißt die Brandstätte auch heute morgen noch einem Flammenmeer. Es brennen immer noch Überreste von Scheunen. Der Brand ist immer noch nicht vollständig gelöscht.

Niedergebrannt sind 4 Wohnhäuser und 21 Scheunen mit Stallungen. Das Vieh konnte gerettet werden. Der bedeutende Brandschaden ist größtenteils durch Versicherung gedeckt.

Näherlicher Mordfall.

(Reichsdorf (Regb. Merseburg), 21. Nov. Heute morgen 1/4 Uhr wurde der Gastwirt Möbius in Crimmitschau von einem Einbrecher durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt. Der Einbrecher stieg durch das Fenster in die Gaststube, rief den Wirt und verlangte bei dessen Ergebenheit sofort das Geld. Dann gab er sechs Schüsse auf den Wirt ab, von denen einer die Brust traf, worauf der Täter entfloh. Möbius wurde in das Zehler Krankenhaus gebracht.

Als Täter wird mit ziemlicher Sicherheit ein 20jähriger beschäftigungsloser Burche aus Rübbersch vermutet, dessen man bis jetzt noch nicht hat habhaft werden können. Beim Gastwirt Möbius waren am Tage zuvor Steuern eingekommen worden.

Eine ganze Fabrikanlage eingeeisert.

3 Baugen, 22. Nov. In vergangener Nacht ist die gesamte Fabrikanlage der Vereinigten Baugewer Papierfabriken, welche

Aber 300 Arbeiter beschäftigen, niedergebrannt. Die drei großen Hauptgebäude nebst den westlichen Maschinen und großen Warenvorräten sind vernichtet. Die benachbarte südliche Gasanstalt war infolge Flugseuers in großer Gefahr. Die Rettungsfähigkeit des Unternehmens wird durch fünf Zweiggeschäfte aufrechterhalten.

Zwei Opfer des Petroleum.

Greiz, 21. Nov. In Reichshaus hat sich ein schwerer Unglücksfall zugetragen. Die 58jährige Tochter des Maurers Kessel goß beim Feueranmachen Petroleum ins Feuer. Die Flasche explodierte und das Mädchen stand im Nu in Flammen. Es eilte ins Freie, wo der Vater die Flammen erlöschte. Inzwischen war im Zimmer das zweijährige Töchterchen total verbrannt und starb alsbald. Die achtjährige Tochter dürfte, obwohl schwer verbrannt, mit dem Leben davonkommen.

Greiz, 21. Nov. (Jagdergebnis) Bei der Jagd in Döhrsdorfer Flur wurden von ca. 27 Schützen 736 Hasen geschossen.

Joppendorf, 21. Nov. (Bergmannsberuf.) Der Bergmann Laurentius aus Müllersdorf, dem vor einigen Tagen im nahen Kalkschichte eine Wackelrabel die Schildebeide zertrümmerte, ließ das Gestein frei gelagert wurde, nach gestern in der Kalkit zu Hellen unter schrecklichen Qualen. Der Unfalltode wird Montag in Müllersdorf beerdigt. — Gleditzglet verunglückte auch der Bergmann Pjanne dadurch, daß ihm eine mehrere Zentner schwere Eisenplatte das Bein geschnitten.

Görlitz, 21. Nov. (Sturz in den Kalkschicht.) Der Bergmann Wilhelm Herrmann aus Bennstedt, der heute morgen 5 Uhr nach seiner Arbeitstätigkeit ging, kam aus Bennstedt in der Dunkelheit vom Wege ab und stürzte bei Göllitz in einen Kalksteinbruch, wo er nach einiger Zeit gefunden und auf einem Wagen nach Bennstedt gebracht wurde.

Greiz, 22. Nov. (Feuersbrunst.) Freitag abend flandete die Feuerpolizei den Ausbruch eines Brandes an. Es brannte das zweiwöchige Hintergebäude des Landwirts Ulrich, Bahnhofsstraße 37, in dem sich die Kleinstmüllerei von Wilschhausen befand. Das Feuer griff in dem Hauptvergebäude, in dem sich reiche Holzvorräte befanden, mit großer Schnelligkeit um sich. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand das Gebäude bereits in hellen Flammen, so daß sich die Tätigkeit der Wehr auf die Abwendung der Gefahr von den Nachbargebäuden beschränken mußte. Das Gebäude brannte bis auf den Grund nieder. Der Schaden ist beträchtlich.

Stahlfurt, 22. Nov. (Schwerer Unfall.) Das vierzehnjährige Schulmädchen Heine man stürzte von einer hohen Treppe herab und zog sich einen Schädelbruch zu, der ihre Aufnahme in eine Klinik notwendig machte. Die Treppe war nicht beleuchtet gewesen.

Hofberstadt, 22. Nov. (Diebstahl.) Die Silberarbeiter und Eisenfabrikantenfabrik Heine u. Co. beging gestern ihr 25jähriges Weibchen. Dieser Ehrentag des Hauses wurde der „Hof. Wlt. Ztg.“ zufolge aus würdiger geieiert. Nachmittags 3 Uhr fand eine Festveranstaltung im Stadtheater statt, an die sich ein Festmahl im großen Stadtpark anknüpfte. — Die Diebstähle häufen sich hier seit einiger Zeit in auffälliger Weise. In der Nacht zum Freitag wurde ein Einbruch im Restaurant „Zum Schillingen“ verübt. Der Einbruch mußte sich ein wenig später Eintritt in den Keller einer Materialwarenhandlung am Knechtger Weg zu verschaffen, wo er ein paar Zentner Kalkstein sah. Aus einem anderen Keller desselben Hauses entwendete der offenbar reißende Mann Margarine und diverse Seifenstücke. Einem Materialwarenhändler in der Harmoniestraße flatterten Diebe in der vergangenen Nacht einen Besuch ab, sie hiezen verschiedene Waren mitgehen.

Reinbach, 21. Nov. (In der außerordentlichen Stadteordnetenversammlung) wurde der bisherige Beigeordnete Herr Fährsteger Rangert wiedergewählt. Die Wahl eines Stadteordnetenvorstehers an Stelle des Herrn Kaufmann Kube, der ebenfalls sein Amt niedergelegt hat, wurde auf einen späteren Termin verschoben.

Heim, 22. Nov. (Steuererhebung. — Ergrah.) Für das Rechnungsjahr 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 erfolgt die Erhebung von Grundsteuer vom Dienstag, den 24., bis Freitag, den 27. d. Mts., vormittags von 9-1 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 4. — Die Ergrahung für den Maurermeister W. Bertl A. u. A., der das Mandat als Stadteordnete infolge Wezuzugs niedergelegt hat, ist auf Sonnabend, den 19. Dezember d. J. nachmittags von 2-7 Uhr im „Anhaltischen Hof“, festgelegt.

Wom Gühberg, 22. Nov. (Seltsene Jagdbeute.) Dem gräflich Hohentalschen Forstinspektor Hahn auf Rittergut Hilschmiede glückte es, in den letzten Tagen eine 12 Pfund schwere Wildkatze und zwei Wildschweine zu erlegen. — Am Freitag abend wurde auch von Herrn Förster Rnack auf Forsthaus Schiefergraben bei Königerde eine Wildkatze geschossen.

Eisenberg, 21. Nov. (Einen grauzigen Hund) machten einige Frauen, die in den fiskalischen Wollensfelder Wäldungen Holz sammelten. Erwas abseits vom Wege lagen sie einen Haufen Kleider liegen und entdeckten beim Nachsehen die bereits in Bewegung übergegangene Leiche einer alten Frau. Von hingeschickten Leuten wurde festgestellt, daß es sich um die Leiche der Frau Thenne vom Gute Neuenrode handelt. Die 78 Jahre alte Frau war vor 2 Wochen nach Wilschhausen zum Einkauf gegangen und hat sich wahrscheinlich auf dem Heimwege verirrt, bis sie ermattet zusammengebrochen ist.

Meinigen, 20. Nov. (Ein Landrat, der gegen das Geleß verhielt.) Der Landrat des Kreises Hildburghausen hatte, entgegen den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, eine Anzahl bereits bestehender politischer und gemeindefähiger Vereine zur Einreichung der Mitgliedsverzeichnisse und Nachbestimmung der Vorstandsmitglieder aufgefordert und bei Nichtbefolgung Strafe androht. Das Ministerium hat nun entschieden, daß die landrätlichen Verfügungen unzulässig und deshalb zurückzuziehen sind.

Leipzig, 23. Nov. (Die dauernde Gewerbeausstellung) die bereits 18 Jahre besteht, ist neuerdings ganz besonders interessant gestaltet, indem nicht nur seitens bedeutender Firmen die verschiedenartigsten Maschinen zur Schau gestellt sind, sondern der übrige Inhalt umfaßt Innereinrichtungen, Kunstwerke, technische Artikel und vieles andere. Auch ist durch verschiedene besondere Ausstellungsobjekte für allgemeine Unterhaltung gesorgt.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer.

Salle, 21. Nov.

Der jüdische Postkötter. In Folge eines wurden im Juli d. Js. mehrere Gastwirte von den Mitgliedern des dortigen sozialdemokratischen Vereins konfiziert, weil sie weiteten, ihre Säle zu sozialdemokratischen Versammlungen herzugeben. Der Verein stellte in der Nähe der konfizierten Lokale Posten auf, um Arbeiter vom Besuche abzuhalten. Unter den Postköttern soll sich der 29jährige Arbeiter Gustav Jahn besonders eifrig gezeigt haben. Der Gastwirt Schröder ärgerte sich über ihn und wies ihn mehrmals vor seinem Lokal fort. Eines Sonntags betrat Jahn mehrmals den Vorraum des Schröderschen Tanzsaales und öffnete die Tür, um zu sehen, wie sich an dem darin abgehaltenen Vergnügen beteiligte. Dem Kaffierer machte er Vorwürfe, daß er für einen Gastwirt, wie Schröder, Geld einnehme. Der Kaffierer wies ihn mehrmals vergeblich fort, wurde dafür von Jahn beschimpft und mit Döhrigen bedroht. Das Schöffengericht in Bitterfeld hatte Jahn des Hausfriedensbruchs schuldig gefunden und ihn wegen zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Gegen die Strafe hatte Jahn Berufung eingelegt mit der Begründung, er habe nur aus Neugier in den Tanzsaal gesehen, denn der Postkötter sei ihm persönlich nichts an, da er nicht Mitglied des sozialdemokratischen Vereins sei. Die Strafkammer hob das Schöffengerichtsurteil auf und beschloß Einstellung des Verfahrens, da vom Wirt kein Straf Antrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt worden sei.

Der Münchener Bilderfälscher-Prozess.

(Nachr. verb.) S. u. H. München, 22. Nov.

Am kommenden Dienstag beginnt hier ein großer, auf mindestens zwei Wochen berechneter Prozeß, dessen Vorgesichte in künstlerischen und juristischen Kreisen weit über Deutschland hinaus unheimliches Aufsehen erregt hat. Angeklagt sind der Kunstmaler Gustav Thiege, der Elektromonteur Johann Bohlsfabri, der Antiquar Josef Schofer, der Bildhauer Hubert de Matthia und die Kunsthändler Georg Wilschhausen und Ludwig Polger, Ingenieur Adolf Böhmer und Schriftsteller Alexander Ost. Die erigentlichen sechs Angeklagten befinden sich in Haft. Die Anklage lautet auf sorgfältiges Vergehen des Betruges bzw. Vergehens der Primaturlunden-Fälschung und erstreckt sich auf 68 Fälle. Die Angeklagten haben lange Zeit einen schwindehastigen Handel mit falsch gezeichneten Bildern getrieben und dabei große Summen verdient. Die Seele des Geschäftes war Thiege, ein gelernter Buchbinder, der große Kunstwerke auch in das Ausland unternahm, hier Kopien von Werken bekannter Meister erwarb und sie mit dem vollen oder abgegränzten Namenszug der Künstler verkaufte. Zu diesem Zweck trug er stets in der Wohnstube ein Bildschilde mit der zu fälschenden Fälschungen benutzten Fälschung bei sich. Nicht nur in Wien, sondern auch in München und Kunsthändler wurden auf diese Weise bewegt, für oft recht fragwürdige Kleinstereine Summen herzugeben, die bis in die Zehntausende gingen. Thiege hielt sich bei den Betrügerinnen meist im Hintergrund und bediente sich einer ganzen Reihe von Mittelspersonen. Diese wiederum erstanden die rührendsten Geschichten, um die Herkunft eines Bildes den Käufern plausibel erscheinen zu lassen. Eine große Rolle spielte dabei das in Prag operierende Nobell, dem der Meister selbst das Kunstwerk verleierte und das sich aus Nachforschungen von diesem trennen mußte. Bei einigen Geschäften schlopfen die Käufer nachträglich Verdacht und gaben das Bild an den Verkäufer zurück. Thiege brachte es nun fertig, für das Bild einen neuen Liebhaber zu finden, aber nicht etwa zu einem geringeren, sondern zu einem oft beträchtlich höheren Preise. Im ganzen kommen 21 gefälschte Bilder in Frage, darunter angeblühete Gemälde von Algenbach, Wenzel, Lenbach, Dezzogger, Knax, Kaulbach, Mantach Pilgert, Adam, Epizkow um. Mit Vorliebe fälschte Thiege die Signaturen verstorbenen Künstler, weil er hier vor einer Entdeckung sicherer war. Wie sehr das Geschäft seinen Mann nähere, geht daraus hervor, daß ein Apollotopf mit gefälschter Signatur Wenzels, der von einem Tröbler um 50 Mark erstanden worden war, von einem der nachhafteten Kunsthändler einem Sammler für 5000 Mark aufgehängt wurde. Eine gleichfalls Wenzel zugeschriebene Pastosonje kaufte für 2000 Mark ein Kunsthändler in München, dieser überließ sie um 5000 Mark einem Kollegen in Wien. Dieser fand aber fänger die Fälschung und die Wenzel trat seine Fälschung ab. Für 3500 Mark fand sich ein neuer Sammler in Berlin für 9000 Mark ab, und dieser endlich fand einen begüterteren Anhänger Wenzels, der sich die Fälschung 18 000 Mark kosten ließ. Die Angeklagten behaupten, daß sie von der Echtheit der Bilder überzeugt gewesen seien. Dem steht aber entgegen, daß sie für den Erwerb der Sachen ursprünglich ganz minimale Summen anlegten, die bei einem echten Kunstwerk gar nicht in Frage gekommen wären. Zur Überführung der Angeklagten sind eine ganze Reihe von Sachverständigen gesendet, darunter die meisten Maler, deren Werte gefälscht worden sind. Die Zahl der geladenen Zeugen beträgt gegen 100. — Wir werden über die Verhandlungen ausführlich berichten.

Wetter-Aussichten.

(Auf Grund der Berichte des Reichs-Wetter-Dienstes.)

(Nachdruck verboten.)

26. Nov. Bewölkt, teils heiter, nach N. Windst. 27. Nov. Bewölkt, teils auf, südlich, später Frischweile Schneegewitter.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Handeltreib und Vermittlungs: Paul Schaumburg; für den Feuilleton: J. B. Erwin Alexander; für den Druck und Verlag von Otto Hendel. Stämlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

Advertisement for Hansa Back- u. Puddingpulver. Text: Vergessen Sie nicht, das Hansa Back- u. Puddingpulver. Das beste ist für 26 gekochte Hansa-Düten werden wir Ihnen das Dose lt. Kakee gratis u. franko. Stahmer & Wilm, Hamburg.

